



Newsletter von Dr. Peter Liese für Südwestfalen und das Hochstift

Oktober-November 2023

Asylkompromiss nicht ausreichend

Sozialdemokraten und Grüne müssen europäische Lösung ermöglichen

„Alle Politiker auf höheren Ebenen müssen endlich erkennen, vor welchen gewaltigen Problemen die Kommunalpolitik durch die Zuwanderung von extrem vielen Asylbewerbern steht. Die Ampelparteien müssen ihren Streit in Deutschland und Europa beenden, damit wir endlich vorankommen“, betont Peter Liese anlässlich der aktuellen Situation. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) habe nach langem Zögern nun doch stationäre Kontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz bei der EU-Kommission angemeldet. Zudem sollen die vorübergehenden Kontrollen der Bundespolizei direkt an der Grenze zu Österreich, die es bereits seit Herbst 2015 gibt, um weitere sechs Monate verlängert werden. Auch die Ministerpräsidenten hätten in dem Gespräch mit dem Bundeskanzler einige wichtige Verbesserung erreicht um die Situation der Kommunen zu erleichtern. So soll es eine leichte Erhöhung der Zuschüsse für die Kommunen geben, das Bürgergeld soll es erst nach drei Jahren und nicht wie bisher nach 18 Monaten gezahlt werden und die Einführungen einer Bezahlkarte.

Bisher getroffene Beschlüsse: Erster Schritt aber keinesfalls ausreichend

„Aber die Beschlüsse reichen nicht aus, um das Problem wirklich zu lösen“, so Liese. So sei die finanzielle Unterstützung der



© European Union

In dieser Ausgabe

- Arzneimittelknappheit ist ein Skandal
- Kein Geld für Hamas
- Naturschutz und Landwirtschaft mit den Menschen und nicht gegen sie
- Verpackungsvorgaben wichtig, aber EU darf sich nicht im Detail verlieren
- Besseren Schutz von Haustieren gefordert
- Polen wählt den Wechsel
- Neue Kommissare für Green Deal und Klima
- Klimakleber und Habeck'sches Heizungsgesetz schaden dem Klimaschutz
- Kein pauschales Verbot von PFAS
- CO₂-arme Kalkproduktion
- Angepasster Moderna Impfstoff zugelassen
- Strenge Regeln und Reduzierung aber kein Glyphosatverbot
- Grünen Führerschein-Hammer stoppen
- Den Wolf in die Schranken weisen
- Und vieles mehr



Kommunen immer noch zu gering und viele andere Punkte, wie etwa die Anerkennung sicherer Drittstaaten, seien am Veto der Grünen im Bundestag gescheitert.

Auch Sozialdemokraten und Grüne in der Frage der europäischen Flüchtlingspolitik massiv zerstritten

„Es ist bekannt, dass die deutschen Grünen in der Frage der europäischen Flüchtlingspolitik massiv zerstritten und zerrissen sind. Während Annalena Baerbock als Außenministerin den Kompromiss mitverhandelt hat und Co-Vorsitzender Omid Nouripour ihn unterstützt, haben die Co-Vorsitzende Ricarda Lang, die jungen Grünen und viele andere massiv Kritik geübt. Die Kritik wird auch in weiten Teilen der grünen Fraktion des Europäischen Parlaments geteilt, was die Verhandlungen sehr schwierig macht. Bisher wenig bekannt ist, dass auch die SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und die Sprecherin der gesamten Sozialdemokraten aus ganz Europa im zuständigen Innenausschuss, die SPD-Abgeordnete Birgit Sippel, nicht hinter der Einigung stehen - „Wir waren schon mit dem Vorschlag der Kommission nicht völlig einverstanden. Was der Rat auf den Weg gebracht hat, ist eine weitere Verschärfung“. Aus Sicht der EVP-Fraktion sollte insbesondere beim Schutz der Außengrenzen und der schnellen Abarbeitung von Menschen aus Ländern mit geringer Anerkennungsquote das Parlament nicht auf seiner Position bestehen, sondern für eine schnelle Einigung sorgen. Dem steht aber die Position der sozialdemokratischen Fraktion, insbesondere von Frau Sippel entgegen“, erläuterte Liese. Er führte aus, dass die Einigung zu einem umfassenden Lösungspaket auf europäischer Ebene immer wieder durch die deutsche Bundesregierung sowie durch Grüne und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament verhindert wird. „58 Prozent der Menschen, die zurzeit nach Europa kommen, können sich weder auf das im Grundgesetz vereinbarte Asylrecht noch auf die Genfer Flüchtlingskonvention berufen. Trotzdem sorgen Schlepper dafür, dass sie nach Deutschland und Europa kommen. Wir müssen dafür sorgen, dass wir den wirklich Bedürftigen helfen, auch vor Ort in den Herkunftsländern. Das christliche Menschenbild, das mich und meine Partei in der Politik leitet, gebietet, den wirklich Schutzbedürftigen zu helfen. Aber die Illusion, dass jeder nach Deutschland kommen kann, der sich ein besseres Leben wünscht, führt ins Elend.“



Medientipp:

[Hintergrundpapier Migration und Asyl](#)

[Interview im Deutschlandfunk: Migration: Die Maßnahmen entlasten Kommunen nicht genug](#)

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Veranstaltungstipp: „Kommunen entlasten - Zuwanderung begrenzen. Wie kann Europa helfen?“ - vor Ort und hybrid, 27.11.2023, 19:30 Uhr in Soest.

Mit **Dr. Peter Liese**, **Lena Düpont** (Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament für Migrationspolitik), **Vasyl Savka** (Vorsitzender des europäischen Kolpingwerks), **Christoph Sommer** (Hauptgeschäftsführer Städte- und Gemeindebund NRW), **Helena Brüggemann** (Ratsmitglied in Soest und Vorsitzende des CDU-Stadtverbands Soest) und **Bernd Liesenfeld** (Mitglied des Kreistags im HSK und Vorsitzender CDU Ortsverband Oeventrop). Nähere Informationen und Zugangslink: <https://bit.ly/474K9GR>



Arzneimittelknappheit in Deutschland und Europa: Ein Skandal

In den letzten Monaten hat sich das Problem der Knappheit von Arzneimitteln dramatisch zugespitzt. Lieferschwierigkeiten gibt es schon seit vielen Jahren und die können immer mal auftauchen, da es zum Beispiel Unfälle oder sonstige Probleme in der Produktion und in der Lieferkette geben kann.

Das Problem ist allerdings seit 2019 auf einem unerträglich hohen Niveau immer größer geworden. Eltern bekommen keinen Fiebersaft für ihre Kinder, Medikamente für Herzpatienten, gegen psychische Erkrankungen und auch Krebsmedikamente sind immer mal wieder nicht verfügbar.

Anzahl der Erstmeldungen von meldungspflichtigen Lieferengpässen für Arzneimittel in Deutschland in den Jahren 2018 bis 2023 (*Januar bis 14. Juni 2023) (Brandt 2023)

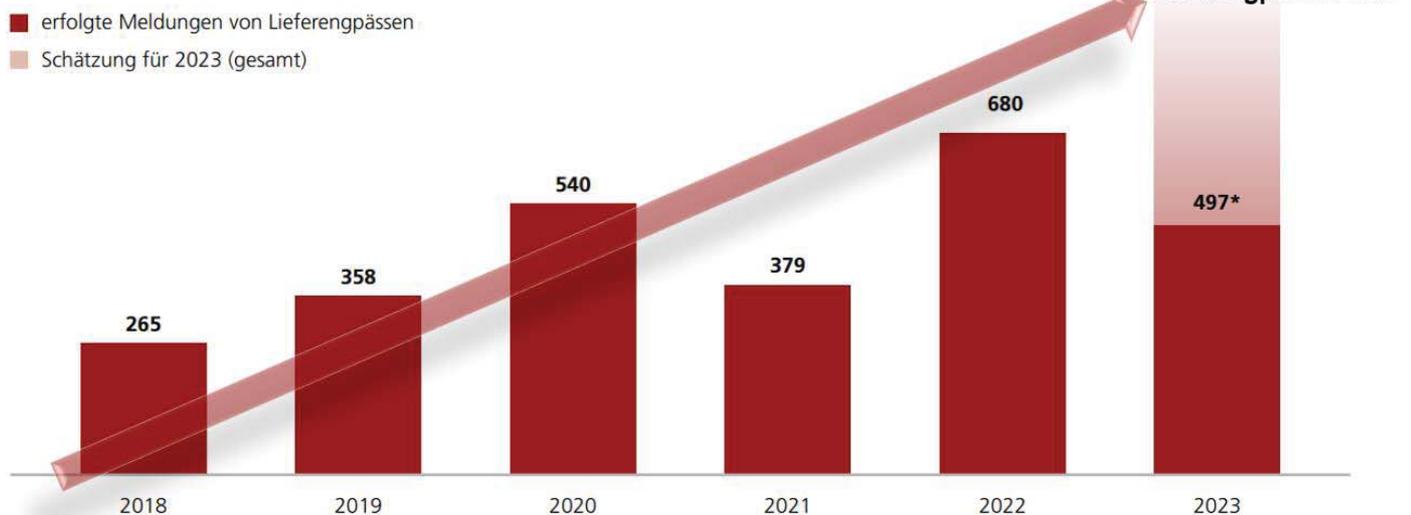


Abbildung 1: Anzahl der Erstmeldungen von meldungspflichtigen Lieferengpässen für Arzneimittel in Deutschland in den Jahren 2018 bis 2023 (*Januar bis 14. Juni 2023) (Brandt 2023).⁴

In Deutschland lag die Anzahl der Erstmeldungen von Lieferengpässen der versorgungskritischen Arzneimittel im Jahr 2018 bei 265. Im Jahr 2022 stieg diese Anzahl auf 680. Gegenwärtig umfassen die Lieferengpässe bis Juni bereits 497 Erstmeldungen.¹

Die Engpässe führen zu einer enormen psychischen Belastung von Patientinnen und Patienten sowie Eltern von erkrankten Kindern. In den meisten Fällen kann mit viel Aufwand Abhilfe geschaffen werden und es kommt nur selten zu echten dramatischen medizinischen Problemen. Trotzdem ist die Situation unzumutbar. Darüber hinaus bedeutet sie eine

¹ https://www.iit-berlin.de/wp-content/uploads/2023/07/2_WEB_2023_07_14_iit-perspektive_Nr-65_Arzneimittelknappheit-in-Deutschland_final.pdf



unerträgliche Belastung für das medizinische Personal in Praxen und Kliniken sowie für das Personal in Apotheken. Hochqualifiziertes medizinisches Personal kann in der Zeit, in der man aufwendig Ersatzlösungen sucht, nicht für die eigentliche Aufgabe zur Verfügung stehen und dass bei Ärzte-, Pflegekräftemangel und sonstigen Personalmangel.

Peter Liese berichtet: „Ende vergangenen Jahres sendete die Klinik, in der ich früher als Stationsarzt gearbeitet habe, einen Notruf ab. Die Kinderklinik Paderborn war stark überlastet wegen bestehendem Pflegekräftemangel und vor allen Dingen extrem vielen RS-Virus Infektionen. Ich bin diesem Aufruf nachgekommen und habe Anfang Januar mehrere Schichten in der Pflege übernommen. Auf der Station, auf der ich eingesetzt war und die ohnehin überlastet war, lagen mehrere Kinder, die nur deshalb stationär sein mussten, weil ein Antibiotikum, das sie brauchten, als Saft nicht verfügbar war. Unter normalen Umständen hätten sie die Klinik nach einem kurzen Aufenthalt verlassen können. So blieben sie aber auf der ohnehin überlasteten Station.“



Probleme auch in anderen europäischen Ländern/ Die wirklich durchgreifende Lösung nur europäisch möglich

Die Arzneimittelknappheit ist in Deutschland zum Teil dramatischer als in anderen europäischen Ländern, weil die Billigmentalität in Deutschland besonders ausgeprägt war und hier der Druck für Anbieter von patentfreien Arzneimitteln noch größer war. In den meisten Fällen handelt es sich aber um Probleme, die in ganz Europa zu unterschiedlichen Zeitpunkten und mit unterschiedlicher Intensität immer wieder auftreten. Natürlich muss vermieden werden, dass die Knappheit in einem europäischen Land dadurch beseitigt wird, dass man die Medikamente aufkauft und zu Versorgungsengpässen in anderen Ländern führt. Hier bedarf es einer guten gemeinsamen Abstimmung, vor allen Dingen aber muss die Marktmacht der 440 Millionen Europäer gemeinsam genutzt werden, um das bestmögliche Ergebnis zu vertretbaren Kosten zu erhalten. Ein ungesunder Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten führt ebenso wenig zum Erfolg wie nationale Aktionen, die keine ausreichenden Anreize für den gesamten europäischen Markt bringen.

Dr. Peter Liese kommentiert: „Wir müssen endlich weg von der Billigmentalität und dafür sorgen, dass sich die Produktion von lebenswichtigen Arzneimitteln wie Antibiotikasaft für Kinder, Krebsmedikamente, Medikamente für psychische und Herzerkrankungen in Europa wieder lohnt. Unser Gesundheitssystem gibt extrem viel Geld aus, vor allen Dingen für innovative medizinische Präparate. Bei den „Nachahmer Produkten“ haben viele Länder Europas, allen voran Deutschland, allerdings immer nur auf den Preis geachtet. Dies hat dazu geführt, dass die Produktion zunehmend nach Indien und China verlagert wurde, was entscheidend zu den jetzigen Problemen beigetragen hat. In Deutschland ist es allerdings besonders schlimm, weil die Billigmentalität hier in den letzten Jahren besonders stark war. Meine Fraktion im Europäischen Parlament weist seit mindestens 2019 auf das Problem hin. Wir haben damals schon beantragt, dass sich das Parlament systematisch im Rahmen eines sogenannten Initiativberichts mit dem Thema beschäftigt. Sozialdemokraten, Linke, Grüne



und die liberale RENEW-Fraktion hatten das Anliegen damals abgelehnt, mit der Begründung, es sei nicht prioritär und wir müssen uns um den Green Deal kümmern. Seitdem hat sich die Parlamentsposition positiv weiterentwickelt und wir haben den Initiativbericht mit Verzögerung verabschiedet. Europäische Kommission und Mitgliedstaaten haben allerdings nur bescheidene Teile der Initiative aufgegriffen. Das muss sich jetzt endlich ändern. Die Versorgung von Kindern, Krebspatienten, Menschen mit psychischen Erkrankungen und viele anderen Patienten, die im Moment leiden, muss mehr Priorität bekommen.“

Die Kommission legte nun Ende Oktober ein umfassendes Papier zur Bekämpfung der Arzneimittelknappheit vor. Dieses sieht folgendes vor:

- Schon in diesem Monat soll ein freiwilliger Solidaritätsmechanismus für Arzneimittel ins Leben gerufen werden.
- Bis Ende des Jahres soll eine Liste von unverzichtbaren Arzneimitteln erarbeitet werden, für die besondere Maßnahmen gelten.
- Die bestehenden Regeln sollen flexibel ausgelegt werden, sodass es zum Beispiel leichter ist, Arzneimittel von einem Land trotz nichtvorhandener Beschriftung in der Landessprache, in ein anderes zu schicken.
- Zu Beginn des Jahres 2024 wird die Europäische Kommission geänderte Leitlinien zur Beschaffung von Arzneimitteln vorlegen.

Dr. Peter Liese kommentierte: „Es ist allerhöchste Zeit, dass die Europäische Kommission hier tätig wird. Das Problem wächst seit Jahren und nur gemeinsam können wir es wirklich dauerhaft lösen. Die Änderungen bei den Ausschreibungen, also bei der Beschaffung, sind aus meiner Sicht langfristig der wichtigste Punkt. In Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern wurde bei den sogenannten Generika, also den billigen Nachahmerprodukten, die 80% des Marktes aber nur einen ganz kleinen Teil der Kosten ausmachen, zu sehr an der Preisschraube gedreht. Während neue, innovative Arzneimittel oft nur zu horrenden Kosten verfügbar sind, gibt es bei Generika oft Tagestherapiekosten von einem Cent pro Tag. Diesen enormen Preisdruck konnten viele europäische Hersteller nicht standhalten, sodass die Produktion in Länder wie Indien und China verlegt wurde. Dies ist eine der wichtigsten Ursachen für die jetzige Knappheit von Arzneimitteln und deswegen muss sich das ändern. Kurzfristig werden geänderte Ausschreibungsbedingungen aber nur begrenzt helfen, weil zwar einige Produktionskapazitäten in der EU sofort hochgefahren werden können, aber der Aufbau von zusätzlichen Kapazitäten mehr Zeit braucht. Deswegen begrüße ich auch die kurzfristigen Maßnahmen. Sie bedeuten aus medizinischer Sicht auch kein Kurieren am Symptom, sondern eine Notoperation, die halt manchmal notwendig ist, wenn ein Problem zu lange vernachlässigt wurde. Genauso wichtig ist aber die Langzeittherapie und die Vorsorge.“



Archivfoto

[Hintergrundpapier als PDF](#)

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Kein Geld für Hamas und ihre Unterstützer

Die unbeschreiblich brutalen und menschenverachtenden Angriffe der Hamas-Terroristen auf den Staat Israel müssen auch auf europäischer Ebene Konsequenzen haben.

Wir fordern, alle direkten und indirekten Zahlungen der EU an staatliche und nicht-staatliche Organisationen der Palästinenser bis auf Weiteres einzustellen. Nur, wer sich klar und zweifelsfrei von dem Terror der Hamas und einer die Existenz Israels infrage stellenden Haltung distanziert, darf zukünftig noch Geld erhalten.

Sehr emotionaler Augenblick während der Fraktionssitzung in Straßburg

Angehörige der von der Hamas verschleppten israelischen Geiseln schilderten unter Tränen die dramatische Situation nach dem grausamen Angriff der Hamas. Den Geiseln und dem Staat Israel gebühren unsere Solidarität. Gerade vor dem Hintergrund unserer Geschichte dürfen wir Antisemitismus in keinsten Weise dulden. Wichtig ist für mich auch, dass die Hamas unter anderem vom Iran und von Katar finanziert wird. Ein Grund mehr, so schnell wie möglich von den fossilen Brennstoffen unabhängig zu werden und durch moderne Technologien, Energieeffizienz und erneuerbare Energien nicht nur das Klima zu schützen, sondern auch diese Staaten nicht weiter zu finanzieren.

Solidarisierung mit Israel auch auf Landesparteitag

Sehr emotionaler Moment zu Beginn des Landesparteitags der CDU NRW, u.a. nach der Rede des israelischen Botschafters Ron Provor. Wir stehen an der Seite Israels und Juden in Deutschland.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)





Naturschutz und Landwirtschaft mit den Menschen und nicht gegen sie

Timmermans Vorschlag die Zähne gezogen

Viele Menschen auch in unserer Region haben sich Sorgen gemacht wegen eines Vorschlags von EU-Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans zur Wiederherstellung der Natur. Es war unter anderem vorgesehen, Land- und Forstwirte zu zwingen, ihre Flächen in einen Zustand von vor 70 Jahren zurückzusetzen und 10 % der Flächen in Europa de facto stillzulegen. Peter Liese hat sich die Sorgen zu eigen gemacht und gegen den Vorschlag gekämpft. Ein Antrag der christdemokratischen Fraktion, das Gesetz komplett zurück zu verweisen und einen neuen, pragmatischen Vorschlag der Kommission zu erbitten, scheiterte im Sommer. Aber in allen wesentlichen Punkten wurden vom Parlament Änderungsanträge angenommen und praktisch alle Sorgen der Landwirte, Forstbesitzer, Kommunen im ländlichen Raum und Vertreter erneuerbare Energien sind jetzt beseitigt.



„Ein niederländischer Radiosender sagte: Timmermans hat einen gefährlichen Piranha kreiert und es ist jetzt ein freundlicher Goldfisch geworden. Jegliche Zwangsmaßnahmen für Landwirte und Waldbesitzer sind aus dem Gesetz entfernt worden. Es trägt jetzt sehr stark unsere christdemokratische Handschrift, die sagt, dass wir Natur und Klimaschutz mit den Betroffenen und nicht gegen sie erreichen müssen“.

Im Einzelnen wurden folgende Verbesserung erreicht:

Im Einzelnen wurden folgende Verbesserung erreicht:

1. Es gibt keine Notwendigkeit mehr, 10 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche stillzulegen.
2. Es gilt der Grundsatz der Aufwandsbasierung anstatt eines verpflichtenden Top-down-Ansatzes, den die Kommission vorgeschlagen hatte.
3. Die Ernährungssicherheit wurde als zentrales Ziel des Gesetzes definiert. Dies ist notwendig, um eine bezahlbare, gesunde und nachhaltige Lebensmittelproduktion zu ermöglichen.
4. Die EU-Fonds für Landwirtschaft und Fischerei (GAP und GFP) werden nicht für Maßnahmen zur Wiederherstellung der Natur verwendet.
5. Die neuen Vorschriften gelten nicht für Projekte im Bereich erneuerbare Energien oder wichtige Infrastrukturarbeiten.
6. Es gibt eine Notbremse, um Ziele für die Landwirtschaft einzufrieren, wenn die Ernährungssicherheit oder die Produktion bedroht sind.
7. Das umstrittene Ziel der Wiederherstellung der Natur auf das Niveau der 1950er Jahre wurde gestrichen.



Jetzt Verbote von Pflanzenschutzmitteln im zweiten Vorschlag kippen

Trotzdem sind nach Lieses Ansicht nicht alle Sorgen der Betroffenen beseitigt. „Leider hat uns Timmermans, bevor er sich in die Niederlande verabschiedet hat, noch einen weiteren Piranha, der vielleicht sogar noch gefährlicher ist, hinterlassen. Es handelt sich um den Vorschlag zur nachhaltigen Nutzung von Pflanzenschutzmitteln. Hier ist unter anderem ein komplettes Verbot des Einsatzes von chemischen Pflanzenschutzmitteln in sogenannten sensiblen Gebieten vorgesehen. Was sich auf den ersten Blick sinnvoll anhört, kann die Existenz von hunderten landwirtschaftlichen Betrieben unserer Regionen gefährden. Beispielsweise befinden sich im Kreis Soest 50 % der Fläche, die landwirtschaftlich bewirtschaftet wird, in einem FFH und/oder Vogelschutzgebiet. Selbst Naturschützer sind hier gegen den Timmermansvorschlag. Bei der Abstimmung, die am 21. oder 22. November im Europäischen Parlament stattfindet, müssen wir unbedingt auch diesem Piranha die Zähne ziehen“, bekräftigt Liese.



(v. l.): Martina Schäfermeier (LsV Soest), Peter Liese MdEP, Heinrich Frieling MdL und Friedrich Kruse (LsV Soest)

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Verpackungsvorgaben wichtig, aber EU darf sich nicht im Detail verlieren

Der Umweltausschuss des Europaparlaments hat sich im Oktober zum Verordnungsvorschlag über Verpackungen und Verpackungsabfälle positioniert.

„Die Bürger forderten die Reduzierung von Müll und auch in der Wirtschaft besteht branchenübergreifend Einigkeit, dass die EU-Anforderungen an Verpackungen und Verpackungsabfällen überarbeitet werden müssen. Wir unterstützen die klare Hierarchie in der EU im Umgang mit Müll, bei der die Vermeidung vor Recycling und Beseitigung steht. Leider verzeichnen wir steigende Zahlen beim Verpackungsmüll pro Kopf, daher sollten wir den wichtigsten Hebel zur Vermeidung von Verpackungsmüll ansetzen, nämlich den Ausbau von Mehrwegsystemen, also die Wiederverwendung von Verpackungen im Originalzustand wie z.B. die klassische Mehrwegflasche. Qualitativ hochwertig recycelte Einwegverpackungen können eine sinnvolle Alternative sein, wenn sie bei neutraler Betrachtung ökologisch besser abschneiden. Deshalb befürworte ich einheitliche, neutrale Kriterien zur Bewertung der Ökobilanz von Verpackungen. Hier sehe ich gute Ansätze im Kommissionsvorschlag, die noch weiter konkretisiert werden sollten,“ erklärte Peter Liese.

Er betonte: "Es ist sehr sinnvoll, dass wir in Europa eine Verordnung zu Verpackungen und Verpackungsabfällen bekommen. Die deutsche Wirtschaft drängt sehr darauf. Die Kreislaufwirtschaft kann nur funktionieren, wenn wir einen wirklichen Binnenmarkt bekommen. Viele Elemente des Kommissionsvorschlags begrüße ich daher sehr. Einige Schwachpunkte haben wir in den Verhandlungen ausgemerzt. Zum Beispiel ist die völlig absurde Idee, Bierkästen zu verbieten, vom Tisch."

Problematisch aber vor allem Verbot von Zuckertütchen

„Die Kommission und die Mehrheit im Umweltausschuss schießen über das Ziel hinaus und verlieren sich im Detail. Ein Verbot von Zuckertütchen, Papiertütchen für Salz, Pfeffer und Süßstoff, ist absurd. Wir haben im Moment wirklich andere Sorgen“, betonte Liese angesichts einer bevorstehenden Abstimmung im EU-Parlament zur Verpackungsverordnung. Sowohl die Europäische Kommission als auch eine knappe Mehrheit im Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des Parlaments unterstützen ein Verbot von kleinen Verpackungen in Restaurants. Dazu gehören Zuckertütchen, Tütchen für Süßstoff, Pfeffer und Salz, ebenso wie andere Kleinstverpackungen. „Meine Fraktion tritt dafür ein, dieses Verbot zu streichen. Diese Materialien bestehen überwiegend aus Papier und ich kann wirklich nicht erkennen, dass wir hier ein großes Umweltproblem haben. Ich hoffe, dass wir bei der Abstimmung in der Plenarsitzung vom 20. bis 23. November eine Mehrheit für die Streichung des Verbotes haben“, so Liese. Besonders absurd ist aus seiner Sicht, dass sowohl das EU-Parlament als auch Kommission und Ministerrat die Tütchen zurzeit noch selbst nutzen. Liese hat deshalb an Parlamentspräsidentin Roberta Metsola geschrieben, mit der Bitte zu prüfen, ob man darauf verzichten kann. „Wir können doch nicht ernsthaft anderen etwas verbieten, was wir selber nutzen“, schilderte Liese.



[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Riesige Mehrheit der Europäer fordert besseren Schutz von Haustieren

Tierquälerei beenden und Gesundheit von Mensch und Tier schützen

Laut einer im Oktober veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage fordert eine Mehrheit von 74 Prozent der Europäer einen besseren Schutz des Wohlergehens von Haustieren in ihrem Land. Darauf machte Peter Liese aufmerksam. Der illegale Handel mit Haustieren ist eine traurige Realität. Insbesondere Hundewelpen werden oft unter grausamen Bedingungen gezüchtet, gehalten und in ganz Europa verkauft. Dazu Liese: „Wir haben in der Europäischen Union ein riesiges Problem mit dem illegalen Handel von Haustieren, insbesondere von Hundewelpen. Die Tiere werden zu einem Spottpreis angeboten, was zum Beispiel dazu führt, dass sie nicht geimpft sind und dass sie unter Bedingungen aufwachsen, die keinerlei Tierschutzstandards beachten. Das ist nicht nur Tierquälerei, sondern es bedeutet auch eine Gefahr für die menschliche Gesundheit. Viele Erreger, zum Beispiel antibiotikaresistente Keime, werden von Tier auf Mensch übertragen. Deswegen müssen wir der Hundemafia das Handwerk legen.“



Seit Februar dieses Jahres bieten Peter Liese und seine Frau dem griechischen Mischlingshund Sophie ein Zuhause. Sophie wurde in Griechenland von Tierschützern vor einer Tötungsstation gerettet.

Bereits in 2020 hatte das Europäische Parlament mit großer Mehrheit eine Resolution verabschiedet und die Kommission aufgefordert:

1. Geltendes Recht besser umzusetzen, zum Beispiel durch schärfere Sanktionen.
2. Es soll ein obligatorisches EU-System zur Identifizierung von Katzen und Hunden eingeführt werden.
3. Es soll ein EU-weiter Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Haustieren eingeführt werden.
- 4.

Es wird jetzt höchste Zeit, dass die Kommission die Forderungen des Parlamentes umsetzt. Im Rahmen der Anhörung des neuen Vizepräsidenten für den Green Deal, Maroš Šefčovič, hat die Kommission versprochen noch bis Ende des Jahres einen Vorschlag zur besseren Regulierung von Tiertransporten vorzulegen. Dies wäre ein guter Anlass, um insbesondere der Hundemafia das Handwerk zu legen“, so Liese.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Gut für Europa, gut für die Freiheit und gut für das Klima

Polen wählt den Wechsel

„Dieses Wahlergebnis ist gut für Europa, gut für die Freiheit und gut für das Klima“, so kommentierte Peter Liese das Wahlergebnis in Polen.

Die regierende PiS-Partei erhielt bei der Parlamentswahl im Oktober nur 35,4% der Stimmen, die christdemokratisch-liberale Opposition 52,3%. Liese berichtet von einer tollen Stimmung in seiner Fraktion während der Plenarwoche in Straßburg. Sowohl die größte Oppositionskraft, die Bürgerkoalition, als auch die zweitgrößte Kraft der Opposition, der Dritte Weg, wird von Lieses christdemokratischer EVP-Fraktion geführt. „Ich freue mich riesig über dieses Ergebnis. Die PiS-Regierung war ein Riesenproblem für Europa. Sie hat viele notwendige Entscheidungen in Europa lange blockiert und die anderen Mitgliedstaaten oft erpresst. Die EVP geführte Regierung wird ein konstruktiver Partner Europas sein. Ich freue mich insbesondere, dass viele junge Menschen und viele Frauen unsere EVP-Partnerparteien Bürgerkoalition und Dritten Weg gewählt haben. Die Wahl ist auch ein gutes Signal für die Freiheit. Sie zeigt, dass auch die Mehrheit der Polen sich nicht von der Regierung vorschreiben lassen will, wie sie lebt und wen sie liebt. Als Umweltpolitiker freue ich mich besonders, dass die neue Regierung den Klimaschutz in Europa unterstützen wird. Wir können das Klima nicht in Deutschland alleine retten. Wir brauchen europäisches Handeln und nur als Europäer gemeinsam können wir den Rest der Welt überzeugen. Hier war die alte polnische Regierung immer ein Hemmschuh und die neue Regierung wird hier eine positive Rolle spielen. Eine neue polnische Regierung könnte uns helfen, die europäische Klimapolitik in schwierigen Zeiten zu stabilisieren.“, erklärte Peter Liese. „Die PiS war in den vergangenen Jahren eine große Bremse für die europäische Klimapolitik. Viele Entscheidungen konnten nur nach schwierigen Diskussionen getroffen werden. Die Bürgerplattform und ihre Verbündeten, z.B. das Wahlbündnis ‚Der dritte Weg‘, würden hier für einen komplett anderen Kurs sorgen. Sie treten für eine ambitionierte Klimapolitik in Polen und in der Europäischen Union ein. Ein Teil des Wahlbündnisses heißt ‚Polska 2050‘, weil sie wollen, dass sich endlich auch Polen zu Klimaneutralität in 2050 bekennt. Die Zeiten für die europäische Klimapolitik werden in den nächsten Jahren sicherlich nicht einfach sein, weil die Menschen merken, dass es nicht reicht, ambitionierte Ziele zu beschließen, sondern die Maßnahmen auch Veränderungen mit sich bringen. Ich bin überzeugt, dass wir die Ziele trotzdem einhalten können und müssen. Rückenwind statt Gegenwind aus Polen wird uns dabei helfen.“, so Liese.



[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Europäische Fortschritte im Bereich Klima

Neue europäische Kommissare für Green Deal und das Klima

„Ich denke, dass der Vizepräsident für den Green Deal Šefčovič und der Klimakommissar Hoekstra ein sehr gutes Team für die europäische Klimapolitik werden können“, sagte Peter Liese. Nach Vorschlag von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen soll der amtierende Vizepräsident Maroš Šefčovič (Sozialdemokraten) geschäftsführender Vizepräsident werden und die Koordinierung des Green Deal von Frans Timmermans übernehmen, der die Europäische Kommission verlassen hat. Neuer Klimakommissar soll der ehemalige niederländische Außenminister Wopke Hoekstra werden.



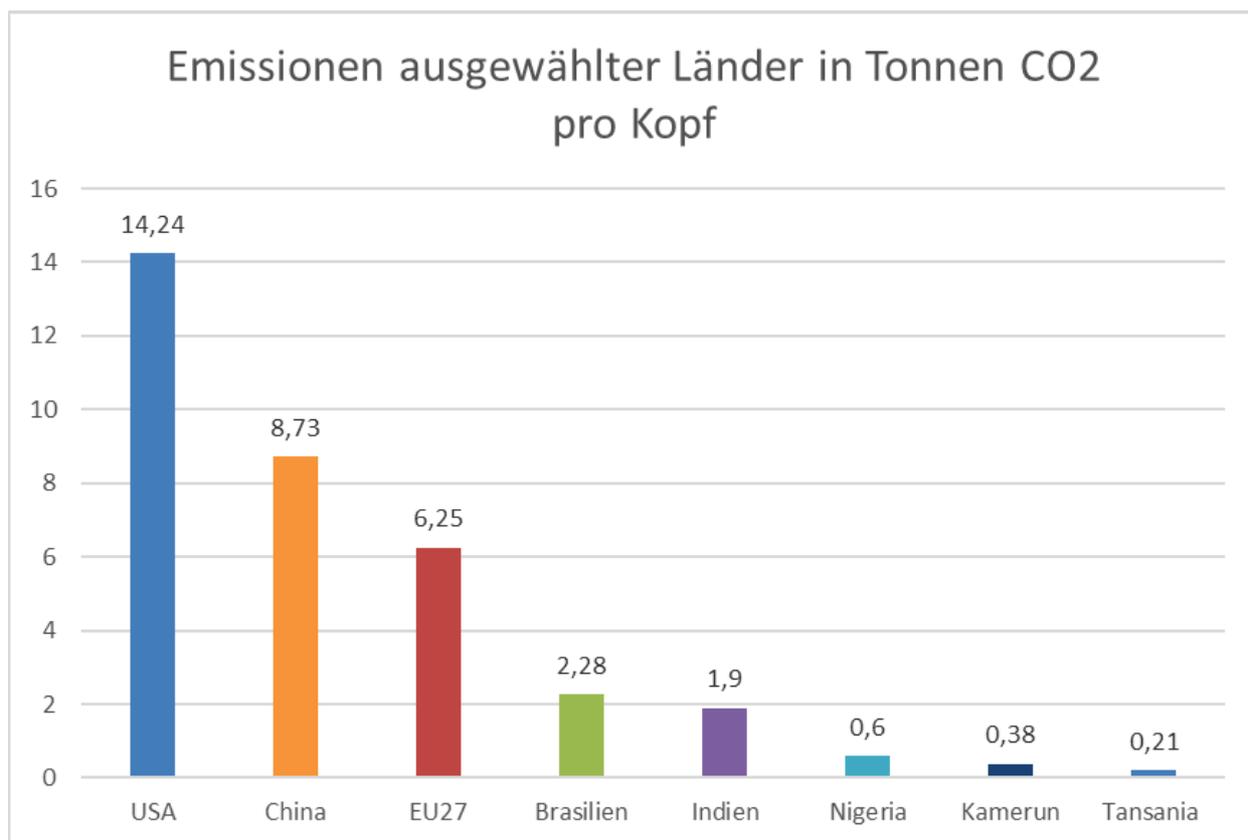
„Sie spiegeln die beiden Prioritäten wider, die jetzt nötig sind, um das richtige Gleichgewicht in der europäischen Umwelt- und Klimapolitik herzustellen. Šefčovič ist ein sehr pragmatischer Mensch und hat bereits bewiesen, dass er in der Lage ist, die Dinge gemeinsam mit der Industrie voranzubringen. Das ist die zentrale Herausforderung für die nächsten Monate und Jahre. Wir brauchen eine überzeugende Klimapolitik, die auch für den Rest der Welt attraktiv ist. Diese Klimapolitik kann nicht alleine auf ehrgeizigen Zielen beruhen, sondern wir müssen auch die Industrie in die Lage versetzen, ihre Prozesse und Produkte zu dekarbonisieren. Ein klimaneutrales Europa, das aber all seine Industrie verloren hat, wird der Rest der Welt sicher nicht als Vorbild für eigene Maßnahmen nehmen. Als Außenminister der Niederlande hat Wopke Hoekstra bewiesen, dass er mit komplexen internationalen Verhandlungen umgehen kann“, sagte Liese. Das Europäische Parlament bestätigte Hoekstra und Šefčovič mit einer großen Mehrheit während der Plenarsitzungswoche in Straßburg im Oktober.

Klimaziel von 55% auf 57% angehoben

„Die Europäische Union kann ihr Klimaziel von 55% auf 57% anheben. Die bereits beschlossene Gesetzgebung führt uns zu diesem höheren Klimaziel“, erläuterte Peter Liese weiterhin im Vorfeld einer Sitzung der Umweltminister der Europäischen Union. Die Minister wollen hier ihre Strategie für die Klimakonferenz im Dezember für Dubai festlegen (COP28). „Im Rahmen des Emissionshandels und im Rahmen der Regelung für den Klimaschutz in der Land- und Forstwirtschaft (LULUCF), hat das Europäische Parlament erreicht, dass die Ambition bereits von 55% auf 57% erhöht ist. Es ist daher folgerichtig, wenn der Umweltrat dieses Ziel beschließt, um Druck auf andere Staaten auszuüben. Es macht wenig Sinn, selbst mehr zu tun als angekündigt und dies geheim zu halten. Wir können die Klimakrise nur global lösen und deswegen müssen wir die anderen Staaten entsprechende motivieren, ebenfalls mehr zu tun“, so Liese.



Eine entscheidende Frage bei der COP ist es aus Lieses Sicht, wie man den Druck auf China erhöhen kann, seine Klimaziel zu erhöhen und auch einen Beitrag zu Finanzierung der internationalen Klimapolitik zu leisten: „Die internationale Klimapolitik krankt immer noch daran, dass China verlangt, als Entwicklungsland eingestuft zu werden. Dabei sind die Emissionen Chinas mittlerweile höher als die der Europäischen Union, und zwar nicht nur insgesamt, sondern auch pro-Kopf. Entwicklungsländer und auch andere Schwellenländer wie Brasilien und Indien müssen sich von China lösen und gemeinsam mit der EU Druck auf China aufbauen.“



Quelle: https://edgar.jrc.ec.europa.eu/report_2022?vis=pop#emissions_table.

Ambitionierter Klimaschutz steht nach Ansicht Lieses nicht im Widerspruch einer Belebung der Wirtschaft: „Angesichts der Rezession in Deutschland und der schwachen Wirtschaft in vielen europäischen Ländern müssen wir sehr genau überlegen, was wir tun. Die Wirtschaft braucht Rückenwind und keine weiteren Fesseln. Bei meinen Besuchen bei Unternehmen erlebe ich aber, dass sich viele Firmen bereits auf den Weg zur Klimaneutralität gemacht haben. Um die Ziele zu erreichen, brauchen wir aber schnellere Genehmigungsverfahren und einen schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien. Das brauchen wir für beides: Klimaschutz und Wirtschaftswachstum. Andere Ziele müssen demgegenüber zurückstehen. Deswegen begrüße ich beispielsweise, dass die Verschärfung der europäischen Chemikalienpolitik von der Europäischen Kommission zunächst zurückgestellt wurde. Außerdem setzt sich meine Fraktion dafür ein, dass Gesetzesvorschläge, mit denen die Gewinnung von Rohstoffen und der Bau von Anlagen für klimafreundliche Technologien (Critical Raw Material Act und Net Zero Industry Act) schnell und umfassend umgesetzt werden“, so der Umweltpolitiker.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Klimakleber und Habeck'sches Heizungsgesetz schaden dem Klimaschutz mehr als alles andere

„Wir haben ein Klimaschutzgesetz, das die EU rechtsverbindlich zur Klimaneutralität und zur Reduktion von 55% der Treibhausgase bis 2030 verpflichtet und das größte Klimaschutzgesetz aller Zeiten (Emissionshandel), dass das Europäische Parlament im April unter meiner Federführung angenommen hat. Es gibt allerdings kaum eine Gruppe, die dem Anliegen des Klimaschutzes mehr schadet als die Klimakleber der Letzten Generation. Durch ihre provokanten Aktionen und die aus meiner Sicht teilweise absurden Forderungen leisten sie dem Klimaschutz einen Bärendienst. Auch der Vorschlag des Bundesklimaministers Robert Habeck zum Heizungsgesetz hat dem Klima mehr geschadet als genutzt“, erklärte Peter Liese.



Liese betonte, dass die Klimaziele in Deutschland und Europa nur erreichbar sind, wenn alle an einem Strang ziehen und die Wirtschaft, die Landwirtschaft und insbesondere die Menschen auf diesem Weg mitgenommen werden: „Wir müssen in den nächsten Jahren viermal so viele Emissionen reduzieren, wie wir es in den letzten Jahren getan haben und weil die Aufgabe so gewaltig ist, müssen auch andere Anliegen wie Naturschutz oder Reduzierung von Chemikalien dem gegenüber zurückstehen.“ Liese berichtete davon, dass sich die energieintensive Industrie vor allen Dingen in seinem Bundesland Nordrhein-Westfalen mit Macht auf den Weg zur Klimaneutralität macht: „Nicht nur das größte Stahlwerk Europas, Thyssenkrupp, wird in Richtung Klimaneutralität umgerüstet, auch das größte Kalkwerk Europas in Würth bei Düsseldorf geht mit Unterstützung aus dem Europäischen Innovationsfonds diesen Weg. Das erste klimaneutrale Zementwerk der Europäischen Union entsteht in Geseke im Kreis Soest. Ich bin begeistert von diesen Projekten, aber die Verantwortlichen sagen ganz klar, dass die politischen Voraussetzungen noch nicht ausreichend sind. Die Firmen gehen ein hohes Risiko ein und wir dürfen sie dabei nicht enttäuschen. Wir brauchen einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und die schnelle Genehmigung CO₂-Pipelines und CO₂-Lagerstätten.“ Er unterstützt auch die Forderung nach einem Brückenstrompreis, die die Ministerpräsidenten in Brüssel massiv vorgetragen haben.

Mit Blick auf den neuen Klimakommissar und die bevorstehende Klimakonferenz in Doha betont Liese die internationale Bedeutung des Klimaschutzes: „In der deutschen Debatte hat man manchmal den Eindruck, es gäbe eine Luftsäule über Deutschland und wenn wir die dekarbonisieren, dann wäre alles gut. Klimaschutz kann aber nur funktionieren, wenn wir weltweit agieren“, bekräftigte Liese.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Einigung für drastische Reduktion klimaschädlicher F-Gase

Gut für Umwelt und innovative Unternehmen

Das Parlament hat kürzlich eine Einigung mit Kommission und Mitgliedstaaten zur Reduktion der sogenannten F-Gase erzielt. F-Gase sind bis zu 25.000-mal klimaschädlicher als CO₂. Sie werden zum Beispiel Wärmepumpen, Kühlschränken und elektrischen Schaltanlagen verwendet. Die Einigung sieht nun vor, sie schrittweise durch klima- und umweltfreundliche Alternativen zu ersetzen. Dazu erklärte Peter Liese: „Das ist ein starkes Ergebnis für den Klimaschutz. Viele Alternativen für F-Gase sind schon auf dem Markt erhältlich und gerade deutsche Hersteller sind zum Beispiel bei Wärmepumpen oder elektrischen Schaltanlagen mit natürlichen Kältemitteln führend. Das bringt Deutschland und Europa auch gegenüber klimaschädlicheren Produkten, beispielsweise aus China, in eine bessere Ausgangslage.“

„Die Einigung sieht jedoch auch gezielte Ausnahmen vor, um Probleme in bestimmten Sektoren zu berücksichtigen.“, erklärt Liese. „Für uns als Christdemokratische Fraktion war es besonders wichtig, Handwerkern zu ermöglichen, die Kältemittel in bestehenden Anlagen bei Reparaturen weiterhin einsetzen zu können. Installateure aber auch Kältetechniker, aber vor allem deren Kunden wie Bäckereien, Fleischereien und Brauereien hatten befürchtet, dass sonst Anlagen, die erst wenige Jahre alt sind, komplett ersetzt werden müssen. Unser Antrag, den wir in einer kontroversen Abstimmung im Plenum durchgesetzt haben, ist ein Teil der endgültigen Einigung. Wichtig ist auch, dass eine Substanz, die zur Bekämpfung von Borkenkäfer eingesetzt wird (Sulfurylfluorid), weiterhin auf dem Markt bleiben kann. Das Parlament hatte gegen uns für ein Verbot gestimmt.“, fügte er hinzu. Die endgültige Beschlussfassung über den Text der Einigung im Parlament und im Rat ist für Dezember vorgesehen. Die Einigung gilt jedoch als Formsache.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

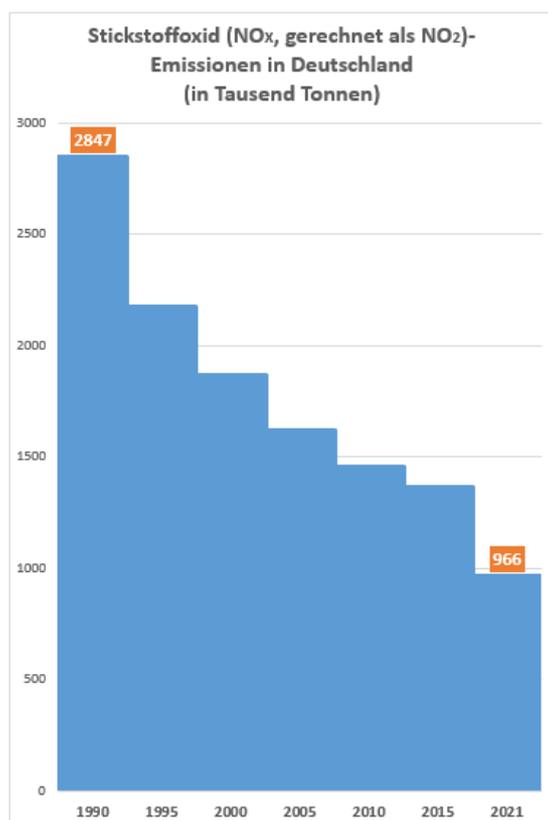




Strenge Grenzwerte, Fahrverbote und Stilllegung von Industrieanlagen unverantwortlich

Abstimmung im Europäischen Parlament zur Luftqualität

„Mit dieser Abstimmung drohen erneut Fahrverbote und darüber hinaus sogar Stilllegungen von Baustellen und Industrieanlagen. Die Mehrheit von Sozialdemokraten, Grünen, Linken und einem Teil der Liberalen handeln unverantwortlich. Dieses Ergebnis darf nicht das letzte Wort sein. Es ist aus meiner Sicht unverantwortlich Werte zu beschließen, die zu neuen Fahrverboten und Stilllegung von Industrieanlagen sowie Baustellen führen. Ich hoffe auf eine Verbesserung der Situation in den Trilog-Verhandlungen. Wir werden weiter gegen überzogene Maßnahmen kämpfen. Es ist ein wichtiges und richtiges Ziel, die Luftqualität weiter zu verbessern. Aber wir sollten dabei auf Technologie setzen und nicht auf Verbote. In den letzten Jahren ist viel erreicht worden. Die Werte von Stickoxid und Feinstaub sind seit den 90er Jahren auf ein Drittel gesunken. Unsere Luft ist viel besser geworden, gerade in einer Phase, in der die Menschen, ohnehin verunsichert sind und Industrie zu wenig in Deutschland und Europa investiert, darf es keine weitere Verunsicherung geben.“, erklärte Peter Liese.





Der Umweltausschuss hatte den entsprechenden Kommissionsvorschlag, der eine Halbierung der Grenzwerte vorgesehen hat, noch weiter verschärft und zum Beispiel für Feinstaub (PM_{2,5}) eine Reduktion von 40 µg/m³ auf 10 µg/m³ vorgeschlagen.

Norbert Lins (CDU), Berichterstatter der EVP-Fraktion für die Regelung zur Luftqualität sagte: „Die Luftqualität in der EU hat sich innerhalb der letzten Jahrzehnte stetig verbessert. Trotzdem bestreitet niemand, dass wir auch weiterhin an einer besseren Luftqualität arbeiten müssen. Dabei dürfen wir aber das Maß nicht überspannen. Statt kaum erreichbaren Richtwerten brauchen wir realistische Ziele.

Leider hat sich eine Mehrheit aus den Ampel-Parteien und Linken für unrealistische, populistische und drastische Zielwerte und damit Maßnahmen gefunden, die in Deutschland und in vielen weiteren EU-Mitgliedsstaaten Fahrverbote oder die Stilllegung von Industrien und Bauarbeiten bedeuten können. Dies ist nicht zielführend. Statt Verboten und Strafen sind Förderungen für emissionsarme Tätigkeiten und Anreize notwendig.

Ein ehrgeiziges und ambitioniertes Parlamentsmandat befürworte ich, jedoch ist das heutige Ergebnis reine Propaganda und wir werden durch allgemeingültige striktere Grenzwerte keine Verbesserung der Luftqualität erreichen können, denn die Notwendigkeit besteht darin die geographischen Gegebenheiten vor Ort zu berücksichtigen. Es gibt für eine reinere Luft keine 08/15-Lösung. Die geeignetsten Maßnahmen und Möglichkeiten kennen die lokalen Behörden selber am besten. Da sollten wir auf der Europäischen Ebene keine Steine in den Weg legen.

Ich bin daher gespannt, wie sich der Rat in den kommenden Monaten positionieren wird. Wir werden in den Verhandlungen erneut versuchen, anspruchsvolle und gleichzeitig ausgewogene Ziele durchzusetzen, die Umwelt, Klima, Gesundheit und Wirtschaft in Einklang bringen.“

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Kein pauschales Verbot von PFAS-Chemikalien

Kürzlich endete die sechsmonatige öffentliche Konsultationsphase der Europäischen Chemikalienagentur ECHA zu einem möglichen Beschränkungsverfahren der sogenannten PFAS-Chemikalien.



Anfang 2023 hat das Deutsche Bundesumweltamt zusammen mit Behörden aus den Niederlanden, Dänemark, Schweden und Norwegen einen Vorschlag zur EU-weiten Beschränkung von PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) bei der Europäischen Chemikalienagentur ECHA eingereicht. Das damit initiierte Verfahren zielt darauf ab, eine umfassende Regelung für sämtliche PFAS-Stoffe zu erarbeiten. Das entsprechende "Beschränkungs-dossier" wurde bereits ausgearbeitet und offiziell vorgelegt. In einer sechsmonatigen öffentlichen Konsultationsphase, welche am 25. September 2023 endete, wurden mehr als 2.400 Unternehmen zur Beurteilung der PFAS um Stellungnahme gebeten. Die EU-Kommission wird im nächsten Schritt basierend auf Grundlage der ECHA-Stellungnahme eine Entscheidung über das Verbot der PFAS treffen.



"Ich weiß als Arzt und Umweltpolitiker, dass manche PFAS gesundheitsgefährdend sind. Dies gilt keinesfalls für alle Unterstanzen und alle Anwendungen gleichermaßen. Es ist sicher sinnvoll, Anwendungen zu verbieten, für die es erprobte Ersatzstoffe gibt. Der Ansatz der Bundesregierung geht aber deutlich zu weit. In vielen wichtigen Bereichen der Medizin, etwa bei Medizinprodukten und auch bei der Herstellung von mRNA-Impfstoffen, ist PFAS unverzichtbar. Deshalb brauchen wir schnell eine Klärung, dass diese Anwendungen keinesfalls von einem Verbot betroffen sind", kommentierte Peter Liese.

Darüber hinaus sind bestimmte PFAS auch wichtig, um Windräder, Batterien etc. zu produzieren. Damit sie nicht aus anderen Ländern wie China bezogen werden müssen und weitere Firmen aus Deutschland abwandern, muss sichergestellt werden, dass PFAS weiterhin hergestellt werden, soweit dies im Einklang mit den Umweltgesetzen ist.



Ralf Schwarzkopf MdL und Peter Liese, hier bei einem Gespräch bei der Firma LEONI HighTemp Solutions GmbH in Halver, setzen sich für eine pragmatische Regelung ein, die den Unternehmen vor allem Planungssicherheit gewährleistet und keine Arbeitsplätze gefährdet.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

CO₂-arme Kalkproduktion als Ausgangspunkt einer klimaneutralen Industrie



Wir brauchen unbedingt Investitionen, um die Wirtschaftskrise zu überwinden und das Klima zu schützen. Unternehmen, die in Deutschland und speziell in Nordrhein-Westfalen investieren, sind hier willkommen und müssen auch geeignete Rahmenbedingungen bekommen. So will die Firma Lhoist/RheinKalk für 1 Milliarde Euro das größte Kalkwerk Europas in Wülfrath/Flandernsbach bei Düsseldorf umbauen. Sie erhält dazu einen Zuschuss

von über 200 Millionen aus dem europäischen Innovationsfond. Dies ist ein konkretes Beispiel dafür, dass es möglich ist, klimaneutral zu werden und dabei Industrieland zu bleiben.



Viele Rahmenbedingungen sind allerdings noch nicht endgültig geschaffen. Wir brauchen zum Beispiel in Deutschland dringend ein Gesetz, das den Transport und die Lagerung von CO₂ ermöglicht. Klimaneutraler Kalk kann ebenso wie klimaneutraler Zement nur hergestellt werden, wenn das CO₂ abgespalten und gelagert oder entsprechend genutzt wird.

„Wir haben auf EU-Ebene mit dem Innovationsfonds das passende Instrument geschaffen, mit dem genau solche Vorreiterprojekte wie hier in Wülfrath vorangetrieben werden sollen. Somit freut es mich sehr, zu sehen, dass unsere Arbeit Früchte trägt und Lhoist diese Chance zur Transformation nutzen will. Wir können das Klima nur retten, wenn wir weltweit Anstrengungen unternehmen. Dazu ist es zwingend erforderlich, dass wir die Industrie nicht aus Europa vertreiben, sondern beim Übergang in die Klimaneutralität unterstützen. Nur dann sind wir Vorbild für den Rest der Welt“, so Liese.

Medienmitteilung Lhoist Germany | Rheinkalk GmbH vom 27.10.2023: <https://bit.ly/3ScLkzr>

Angepasster Moderna Impfstoff zugelassen

Impfung für Risikopersonen dringend empfohlen, aber keine Panik wegen Corona

Die Europäische Arzneimittelagentur empfiehlt, den Impfstoff der Firma Moderna zuzulassen, der an die Omikronvariante XBB 1.5 angepasst ist. Mit der Zulassung durch die Europäische Kommission wird kurzfristig gerechnet.

„Nachdem der angepasste Impfstoff der Firma BioNTech bereits zugelassen ist, stehen jetzt zwei Impfstoffe zur Verfügung, die einen bestmöglichen Schutz gegenüber der neuen Variante bieten. Es ist dringend empfohlen, dass Risikopersonen, das heißt Menschen über 60 und Menschen mit Vorerkrankungen sich impfen lassen. Welche Vorerkrankungen hier relevant sind, sollten die Einzelnen mit ihrem Hausarzt besprechen. Weitere Maßnahmen halte ich nicht für geboten. Verpflichtungen zum Tragen von Masken zum Beispiel halte ich für unverhältnismäßig. Selbstverständlich darf sich jeder selber schützen, wenn er dies möchte, und in den medizinischen Einrichtungen sollten die Verantwortlichen nach Risiko selbst entscheiden.“

Durch die hohe Immunität in der Bevölkerung, die vor allem durch die Impfung erreicht wurde und durch die Mutation zu Omikron, hat Corona seinen Schrecken verloren. So richtig die Maßnahmen vor zwei und drei Jahren waren, so falsch wären sie jetzt“, erläuterte Peter Liese.



[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Glyphosatverbot: Strenge Regeln und Reduzierung wichtig, aber keine Verbote



„Es ist richtig, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln streng zu regulieren und ich unterstütze auch eine Reduktionsstrategie, aber Totalverbote sind falsch. Genau wie ein Verbot aller Pflanzenschutzmittel in sensiblen Gebieten, wie der frühere Vizepräsident der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, es vorgeschlagen hat, würde auch ein Totalverbot von Glyphosat gravierende negative Auswirkungen auf die Produktion und Preise von Nahrungsmitteln haben.

Im Moment leiden viele Menschen unter den gestiegenen Nahrungsmittelpreisen. Ein Glyphosatverbot würde diese Situation noch verschlimmern. Deshalb halte ich den Vorschlag der Europäischen Kommission grundsätzlich für sinnvoll. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat die wissenschaftlichen Daten umfassend analysiert und bei sachgemäßer Anwendung kein Risiko für die menschliche Gesundheit festgestellt.“, erklärte Dr. Peter Liese.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Grünen Führerschein-Hammer stoppen

Die grüne Europaabgeordnete Karima Delli, Berichterstatterin für die EU-Führerschein-Richtlinie, hat ihre Vorschläge vorgestellt. Was die Grünen im Europäischen Parlament planen, liest sich wie einziges Verbotprogramm:

1. Verpflichtende Gesundheitstests für alle Führerscheininhaber
2. Führerschein B nur noch bis 1,8 Tonnen, anstatt bis 3,5 Tonnen
3. Nachtfahrverbot für Fahranfänger
4. Altersabhängige Geschwindigkeitsbeschränkungen - für Fahranfänger 90 km/h

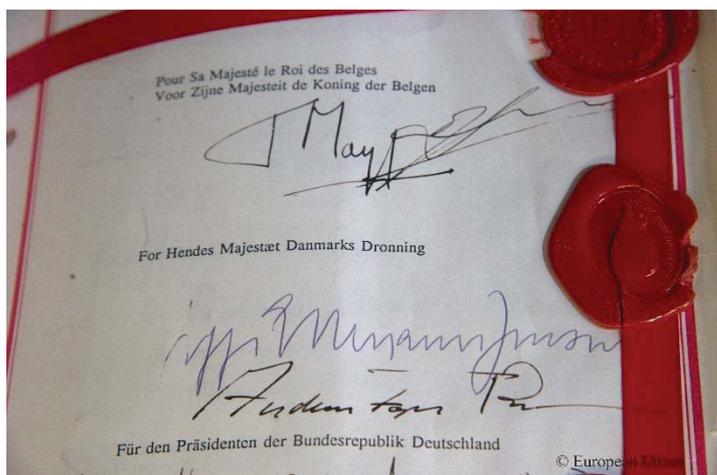


„Diese grüne Vorlage hat mit der Realität der Menschen nichts zu tun. Die Grünen beschädigen mit solchen Vorschlägen das Vertrauen der Menschen in die EU und befeuern populistische Strömungen. Wir werden im weiteren Gesetzgebungsverfahren alles dafür tun, diesen grünen Überregulierungs-Wahnsinn zu stoppen“, kommentierte Peter Liese.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

30 Jahre Vertrag von Maastricht

Wir müssen um unser Europa kämpfen / Wachsende antieuropäische Kräfte von rechts und links bedrohen Wirtschaft, Freiheit und Frieden



„Wir müssen um unser Europa kämpfen. Die wachsenden antieuropäischen Kräfte von rechts und teilweise auch von links bedrohen unseren Wohlstand und können zu erheblicher Arbeitslosigkeit führen. Sie bedrohen die Grundfreiheiten in Europa und langfristig auch den Frieden.“, dies erklärte der CDU-Europaabgeordnete Dr. Peter Liese anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Vertrages von Maastricht.

Der Vertrag von Maastricht war am 1.11.1993 in Kraft getreten. Er sieht eine stärkere europäische Integration, unter anderem durch eine Wirtschafts- und Währungsunion, also die Einführung des Euro, ebenso vor wie die deutliche Stärkung des Europäischen Parlaments durch die Einführung des Mitentscheidungsverfahrens, bei dem das Europäische Parlament gleichberechtigt mit den Mitgliedstaaten über Gesetzgebung entscheidet.

„Der Vertrag von Maastricht bedeutete einen großen Fortschritt. Wenn wir nicht aufpassen, gibt es bald einen großen Rückschritt. Viele Freunde aus Frankreich befürchten, dass Le Pen die nächste Präsidentin Frankreichs wird und wenn wir dann in Deutschland und in anderen Ländern starke rechte und linke antieuropäische Kräfte haben, kann das zu einer echten Bedrohung für den europäischen Binnenmarkt werden. Wir haben beim Brexit gesehen, welche dramatischen Folgen der Austritt eines Landes aus der Europäischen Union hat. Ich rede viel mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern über die Frage, wie das Geschäft mit Großbritannien läuft. Viele haben es eingestellt; die, die dies weiterbetreiben, raufen sich jeden Tag die Haare wegen vieler Detailregelungen, die in Großbritannien wieder anders sind als in der Europäischen Union.

Ein Zerfall der Europäischen Union, wie ihn der de facto Herrscher der AFD, Björn Höcke, verlangt (Die EU muss sterben), bedeutet Brexit mal 27 und bedeutet massive Wohlstandsverluste und Arbeitslosigkeit für Deutschland. Die vielen Vorteile der Europäischen Union, zum Beispiel die Abschaffung der Roaminggebühren, stehen auf dem Spiel. Langfristig steht auch der Frieden auf dem Spiel und wir können uns gegenüber China und den USA nicht behaupten. Deshalb gilt es jetzt für alle gesellschaftlichen Kräfte der Mitte, um Europa zu kämpfen und den Antieuropäern entgegenzutreten.“, betonte Liese.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



JU NRW zum Zukunftsdialog in Brüssel



Der Landesvorstand der Jungen Union NRW war kürzlich zu Besuch in Brüssel. „Ich habe mich sehr gefreut, auch viele bekannte Gesichter aus Südwestfalen und dem Hochstift zu sehen. Der wichtigste Punkt: Wie können wir gerade bei jungen Wählern als CDU Vertrauen zurückgewinnen.“, erzählte Peter Liese anlässlich des Besuchs.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Ministerpräsidenten und Hendrik Wüst in Brüssel

Neben der JU NRW haben auch 13 von 16 Ministerpräsidenten und das gesamte Landeskabinett NRW Brüssel besucht. „Das zeigt, wie wichtig die Entscheidungen sind, die hier getroffen werden. Mit Hendrik Wüst, Landwirtschaftsministerin Silke Gorissen und Staatssekretär Bernd Schulte bin ich mir einig: Die Entscheidungsträger in Brüssel müssen die Interessen des ländlichen Raums ernster nehmen. Landwirte, Forstwirte und Dorfbewohner sind von vielfältigen Auflagen betroffen und dies darf nicht schlimmer werden, sondern muss Schritt für Schritt abgebaut werden. Deswegen haben wir uns gegen den Vorschlag zur Wiederherstellung der Natur gewandt und ihn so umgeschrieben, dass er erträglicher ist und kämpfen gegen Vorschlag zum Verbot von Pflanzenschutzmitteln in Landschaftsschutzgebieten und Naturschutzgebieten sowie für eine stärkere Bejagung des Wolfs“, betonte Liese.



[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

EPP Youth Week



Junge Menschen aus Südwestfalen und dem Hochstift sowie aus ganz Europa trafen sich eine Woche in Brüssel auf Einladung der EVP-Fraktion zur Youth Week. In Workshops hatten sie die Gelegenheit, wichtige Themen mit uns Abgeordneten und anderen Experten zu diskutieren.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Digitale Medizin bietet riesige Chancen Uni Siegen leistet Pionierarbeit

Die Digitalisierung in der Medizin bietet riesige Chancen für Patientinnen und Patienten und alle, die in medizinischen Berufen arbeiten. Statt nach einer teilweise weiten Anreise stundenlang im Wartezimmer zu sitzen, kann man mithilfe digitaler Mittel direkt oder mit Hilfe einer Fachkraft vor Ort direkt mit dem Arzt kommunizieren. Spezialisten, die durchaus weit weg sitzen, können helfen, die richtige Diagnose und die richtige Therapie schnell auf den Weg zu bringen. Die Universität Siegen leistet Pionierarbeit auf diesem Gebiet. Unter der Überschrift „Digitalen Modellregion Gesundheit Dreiländereck“ (DMGD) werden zum Beispiel in Burbach und in Lennestadt konkrete Projekte durchgeführt. Bei einem Gespräch mit Dr. Olaf Gaus, Beate Schmies und Stefan Hundt wurde Peter Liese die beeindruckende Arbeit vorgestellt.



Gemeinsam mit Beate Schmies sprach Liese über die Herausforderungen in der Region und die Chancen für das höchste Gut, nämlich die Gesundheit. Hier der Link zum entsprechenden Interview: <https://bit.ly/46EqNHR>

Lieses Lieblingstermine: Gespräche an Schulen

„Gespräche mit Schülerinnen und Schülern sind meine Lieblingstermine. Ich freue mich immer wieder, die Ideen von jungen Menschen zu hören, aufzugreifen und ihnen über die spannenden Entwicklungen in Europa zu berichten. Zuletzt an der St. Walburga-Realschule in Meschede, an der auch meine beiden Kinder waren. Gute Diskussion über Inflation, Waffenlieferungen und Klimaschutz. Besonders überraschend war die Frage eines Schülers, ob ich wegen der steigenden Corona-Zahlen erneut mit einem Lockdown rechne. Meine klare Antwort: Nein! Solange es nicht eine dramatische Änderung des Virus gibt (und davon gehe ich nicht aus), sollten wir Corona behandeln wie jede andere Krankheit: Impfung der Risikopersonen, aber sonst keine Maßnahmen.“, erzählt Peter Liese.



[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Sommertour CDU-Kreisverband HSK

Thema Sicherheit im Fokus

Wie können wir die Sicherheit der Menschen noch besser gewährleisten? Dies war das Thema der diesjährigen Sommertour des CDU-Kreisverbandes HSK. „Bei der Rettungswache Hagelstein erklärte uns Marcel Kaiser eindrucksvoll, wie eine Rettungswache auf dem neusten technischen Stand mit qualifiziertem Personal dafür sorgt, dass Menschen in medizinischen Notlagen so schnell wie möglich geholfen wird. Anschließend hatten wir ein spannendes Gespräch mit der Polizei. Der Leiter der Polizeiwache Hüsten Olaf Wiesenberg informierte uns über die aktuelle Situation und notwendige Verbesserungen. Besonders beeindruckt war ich von dem Projekt „First Responder“. In der Stadt Schmallenberg sind ehrenamtliche Helfer in der Lage, bei Unfällen oder anderen medizinischen Notfällen sehr schnell zu helfen. Dies ist insbesondere in den Dörfern, zu denen der Notarzt eine relativ lange Anfahrtszeit hat, oft lebensrettend.“, erläuterte Peter Liese.



[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Frieden ist das wichtigste!

CDU-Kreisverband Siegen-Wittgenstein in Straßburg

„Frieden ist das wichtigste.“ Dies war das Resümee eines Besuchs des CDU-Kreisverbands Siegen-Wittgenstein in Straßburg. Bei einer Stadtrundfahrt sehen die meisten Besuchergruppen ein Mahnmal einer Mutter mit zwei gefallenen Söhnen in ihren Armen, die sich noch im Tod an der Hand halten: einer symbolisiert Deutschland, der andere Frankreich. Das Mahnmal erinnert an die Zerrissenheit der Menschen in Straßburg und Umgebung in den jahrhundertelangen Kriegen zwischen Deutschland und Frankreich. Straßburg hat genau wie die Region Elsass und Lothringen immer wieder zwischen Deutschland und Frankreich gewechselt. Alle 20 bis 30 Jahre gab es Krieg und Brüder

mussten gegeneinander kämpfen. es ist ein großer Verdienst der europäischen Gründungsväter, dass diese Kriege überwunden sind. Wer Europa zerstören will, wie die AfD, gefährdet dadurch auch den Frieden.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)





Winterberg und EU – mehr Verbindungen, als man denkt

„Vielen Dank für den Besuch in Straßburg an die CDU Winterberg. Drei Tage waren die Parteifreundinnen und Parteifreunde im Elsass und trotz der hektischen Tage mit den Anhörungen der neuen Kommissare habe ich mir Zeit genommen, wenigstens kurz mit Ihnen zu sprechen. Winterberg profitiert in vielfältiger Weise von der Europäischen Union, zum Beispiel durch das Leader-Programm oder durch die Unterstützung des Tourismus aus dem europäischen Wirtschaftsförderprogramm EFRE. In der Diskussion ging es vor allem um die Frage der Zuwanderung. Wie überall, wo ich im Moment mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiere, ist die berechtigte Erwartungshaltung, dass wir den Menschen helfen, die aus politischen, religiösen oder sonstigen Gründen verfolgt werden, aber klarmachen, dass nicht jeder, der sich das wünscht, nach Europa kommen kann. Hier müssen alle politischen Ebenen besser werden, vor allem die EU und die Bundesebene. Auf beiden Ebenen sind nicht nur die Grünen, sondern auch die SPD ein Problem.“, betonte Peter Liese anlässlich des Besuchs.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)





Westfälischer Schützentag in Bad Berleburg-Berghausen

Im Oktober fand in Bad Berleburg-Berghausen der Westfälische Schützentag statt. Zum ersten Mal wird der König beziehungsweise die Königin durch ein Vogelschießen ermittelt. Deswegen sind die Schützenschwestern und Schützenbrüder aus ganz Westfalen natürlich insbesondere an den aktuellen Entwicklungen in der Europäischen Union interessiert. Die Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) hatte ein umfassendes Verbot von Bleimunition vorgeschlagen.

Peter Liese betont: „Nach Gesprächen mit Ursula von der Leyen und vielen Experten in der Europäischen Kommission bin ich mir jetzt allerdings sehr sicher, dieses umfassende Verbot wird nicht kommen. Wir müssen die Interessen der Sportschützen und insbesondere der Traditionsschützen berücksichtigen. Gerade beim Vogelschießen ist es praktisch unmöglich, das Blei in die Umwelt gerät und die Umrüstung von Schießständen würde die Vereine, die durch Corona ohnehin schon gebeutelt sind, vor oft untragbare Belastungen stellen. Der Westfälische Schützentag in Berghausen ist auch der letzte, den der amtierende Präsident Dieter Rehberg als Präsident mitgestaltet. Vielen Dank an Dieter Rehberg für sein jahrelanges ehrenamtliches Engagement. Aber auch einen großen Dank an alle anderen ehrenamtlichen Schützenschwestern und Schützenbrüder.“

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Jubilarehrung der CDU Soest

Ende Oktober wurden beim CDU-Stadtverband Soest zahlreiche Jubilare geehrt. Unter anderem die stellvertretende Bürgermeisterin Christiane Mackensen für 25 Jahre Mitgliedschaft und der Kreisgeschäftsführer Guido Niermann für 40 Jahre Mitgliedschaft. Danke an alle, die sich über so lange Zeit für unsere Partei engagiert haben! Genau wie viele andere Verbände in unserer Region hat der Stadtverband Soest mit Helena Brüggemann eine junge Stadtverbandsvorsitzende. Starke Frauen spielen eine immer größere Rolle in der CDU

in Südwestfalen. In der Diskussion stand vor allen Dingen das Thema Migration im Vordergrund. Bürgermeister Eckhard Ruthemeyer und Helena Brüggemann haben mich in den vergangenen Wochen bereits immer wieder auf die kritische Situation in Soest hingewiesen. Wir brauchen unbedingt mehr Steuerung und Begrenzung bei der Zuwanderung.



[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



MIT NRW Mittelstandstag

Mittelstandstag der Mittelstands- und Wirtschaftsunion NRW im Oktober in Mönchengladbach: „Starke Reden von Hendrik Wüst und Herbert Reul sowie viele gute Gespräche am Rande. Herzlichen Glückwunsch an die wiedergewählte Angela Erwin und alle anderen Gewählten. Für uns in Südwestfalen besonders erfreulich war, dass Ralf Schwarzkopf das beste Ergebnis bei den Stellvertretern und Oliver Pöpsel als stellvertretender Schatzmeister das beste Ergebnis von allen Kandidaten, die zur Wahl standen, erhielt“, freute sich Peter Liese.



[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Vor allem Gesundheit, das muss auch für die Politik gelten



Bei der Mitgliederversammlung der CDU Ense ging es unter anderem um das Thema Gesundheit. Wenn wir uns zum Geburtstag oder zum neuen Jahr etwas wünschen, dann nennen wir meistens vor allem Gesundheit. In der Politik muss dieses Motto auch gelten. Mit der langjährigen Gemeindeverbandsvorsitzenden Sylvia Klein konnte ich das Thema Arzneimittelknappheit am Rande der Versammlung noch einmal vertiefen. Silvia Klein ist Apothekerin und erlebt am eigenen Leib, was die Engpässe bei Arzneimitteln bedeuten. Seit

Jahren weise ich auf das Problem hin - jetzt muss endlich etwas passieren. Wir brauchen unter anderem Ausschreibungen der Krankenkassen, bei denen nicht nur der Preis, sondern auch die Zuverlässigkeit der Lieferungen im Vordergrund stehen sowie pragmatisches Handeln vor Ort. Die Apothekerinnen und Apotheker müssen flexibel arbeiten können und dürfen nicht in Bürokratie ersticken, wenn sie für ihre Patientinnen und Patienten gute Lösungen suchen.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Landesparteitag der CDU NRW in Hürth

Das war ein erfolgreicher Landesparteitag! Hendrik Wüst wurde mit einem sensationellen Ergebnis als Vorsitzender wiedergewählt. Paul Ziemiak ist jetzt auch ganz offiziell neuer Generalsekretär. Herzlichen Glückwunsch an alle Gewählten! Für uns als CDU Südwestfalen war ganz besonders erfreulich, dass trotz Kampfkandidaturen alle unserer Frauen und Männer gewählt wurden.



Mitgliederversammlung der CDU Winterberg

Gute Diskussion bei der Mitgliederversammlung der CDU Winterberg. Neben den Themen Wohlstand sichern und ausbauen, Klimaschutz, Humanität und Ordnung bei der Zuwanderung, EU-Fördermittel und Gesundheit, wurde insbesondere über mehr Respekt für Landwirte, Waldbesitzer und die Menschen im ländlichen Raum diskutiert. Vielen Dank für die Einladung an Sven-Lukas!





Landwirte im Sauerland als Pioniere für umweltfreundliche Technik



Durch moderne Technik die Umweltbelastung in der Landwirtschaft reduzieren. Das haben sich viele Landwirte in unserer Region vorgenommen. Carlo Kotthoff, der in Meschede-Vellinghausen einen konventionell Milchviehbetrieb bewirtschaftet, und Jens Lüttecke, der mit seinen Eltern in Eslohe-Büemke einen Bio-Betrieb bewirtschaftet, sind hier ganz weit vorne. Sie setzen auf ein neues Verfahren zur Behandlung von Gülle. Die Firma GEA Farm Technologies GmbH hat die Technik des Manure Enichers entwickelt. Gülle wird ohne chemischen Zusatz so bearbeitet, dass sie wesentlich besser von der Pflanze aufgenommen wird und dadurch werden 30% der klimaschädlichen Emissionen reduziert. Und das Wichtigste für die Nachbarn, es stinkt nicht mehr. Im Gespräch mit den beiden Landwirten haben wir uns über die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Fördermöglichkeiten unterhalten. Ich meine, mit moderner Technik und gemeinsam mit den Landwirten so funktioniert guter Klimaschutz.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Den Wolf in die Schranken weisen und unsere Kulturlandschaft erhalten

Der Kahle Asten ist sicher der bekannteste und zweithöchste Berg in Nordrhein-Westfalen. Zehntausende Touristen zieht es jährlich in diese wunderbare Kulturlandschaft. Der Asten ist kahl, weil dort seit Jahrhunderten Schafe und Ziegen gehalten werden – deshalb herrscht dort eine große Artenvielfalt. Würden wir die Natur sich selbst überlassen, würde viel von dieser Artenvielfalt verloren gehen. Deshalb gilt unser Dank allen, die sich für die Pflege der Kulturlandschaft einsetzen. Mit Christoph Schütte, Landwirt aus Oberkirchen, habe ich über die Situation vor Ort gesprochen. Wie andere Weidetierhalter sorgt er sich über die zunehmende Präsenz des Wolfes in ganz Deutschland und auch bei uns in Südwestfalen. „Wir brauchen dringend Regeln, die es erleichtern, Problemwölfe abzuschließen.“, so Liese.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)





Einladung zur Diskussion:

„Kommunen entlasten - Zuwanderung begrenzen. Wie kann Europa helfen?“

-vor Ort und hybrid-

Bitte an Interessierte weiterleiten!

Sehr geehrte Damen und Herren,

in vielen Kommunen ist die Belastungsgrenze angesichts hoher Zuwanderungszahlen erreicht beziehungsweise überschritten. Deswegen muss auf allen Ebenen gehandelt werden. Es soll eine bessere Verteilung der Zuwanderer geben, aber vor allem schon an den Außengrenzen kontrolliert werden, um Menschen, die kein Recht auf Asyl oder subsidiären Schutz haben, gar nicht erst in die EU kommen zu lassen. Wir Christdemokraten wollen eine schnelle und wirksame Lösung.

Um die Situation vor Ort und mögliche europäische Lösungen zu diskutieren, laden wir Sie herzlich zu einer Diskussionsveranstaltung ein:

am Montag, 27.11.2023

19.30 Uhr

Stadthalle Soest

(Dasselwall 1, 59494 Soest)

Über die folgenden Zugangsdaten können Sie an dem Gespräch online teilnehmen:

<https://us06web.zoom.us/j/89320426387>.

Sie werden dann aufgefordert, die Meeting-ID: 893 2042 6387 einzugeben und mit # zu bestätigen (Schnelleinwahl mobil: +496971049922,,89320426387# Deutschland)

Referenten

Dr. Peter Liese MdEP

Lena Düpont, Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe für Migrationspolitik im EU-Parlament

Vasyl Savka, Vorsitzender des europäischen Kolpingwerks und engagiert in der Hilfe für Flüchtlingen aus den Kriegsgebieten in der Westukraine

Christoph Sommer, ehemaliger Bürgermeister von Bestwig und Lippstadt und Hauptgeschäftsführer Städte- und Gemeindebund NRW

Bernd Liesenfeld, Mitglied des Kreistags im Hochsauerlandkreis und Vorsitzender des CDU Ortsverbandes Oeventrop

Helena Brüggemann, Ratsmitglied in Soest und Vorsitzende des CDU-Stadtverbands Soest

Zur besseren Planung bitten wir um **Vorabanmeldung** per Mail (info@cdu-soest.de). Eine spontane Teilnahme ist selbstverständlich auch möglich.

Herzliche Grüße

Helena Brüggemann
CDU-Stadtverbandsvorsitzende

Peter Liese
Europaabgeordneter

ARZNEIMITTEL KNAPPHEIT WAS IST ZU TUN



WENN DIE RETTENDE MEDIZIN IN DEN APOTHEKEN FEHLT IST HANDELN ANGESAGT!

Die Medikamentenversorgung in Deutschland ist gefährdet. Fachleute erklären wie prekär die Lage ist und wie Abhilfe geschaffen werden kann.

Interessiert? Seien Sie dabei, informieren Sie sich und diskutieren Sie mit!

Termin: Donnerstag, 14. Dez. 2023, 18:30 Uhr

**Ort: Kreishaus Meschede in Präsenz
oder zugeschaltet via Zoom-Meeting**

TEMPO UND STRATEGIE FEHLEN BEIM KAMPF GEGEN DIE ARZNEIMITTELKNAPPHEIT

In Deutschland und Europa gibt es seit 2019 eine dramatische Zunahme der Arzneimittelknappheit. Die Zahl der Lieferengpässe der versorgungskritischen Medikamente stieg von 358 auf über 690 im Jahr 2022. Die Bevölkerung lebt in zunehmender Angst und Experten kritisieren das neue Lieferengpassgesetz der Bundesregierung.

Was bedeuten diese Engpässe konkret? Was muss jetzt passieren?

In einer Veranstaltung mit Dr. Peter Liese, MdEP und Experten aus Apotheken und Krankenhäusern vor Ort sowie dem Stellv. Vorsitzenden des Bundesverbandes der Arzneimittelindustrie, Dr. Richard Ammer, unter Gesprächsleitung der Vorsitzenden der Frauen Union im HSK, Annemarie Schüngel wird das Thema in Gesamtheit diskutiert.

Sie können teilnehmen via Zoom Meeting
<https://us06web.zoom.us/j/88029245662>
Meeting-ID: 880 2924 5662

Schnelleinwahl mobil
+496950500951,,88029245662# Deutschland
+496950500952,,88029245662# Deutschland
oder live im

Kreishaus Meschede,
Sitzungssaal Sauerland,
Steinstraße 27, Meschede

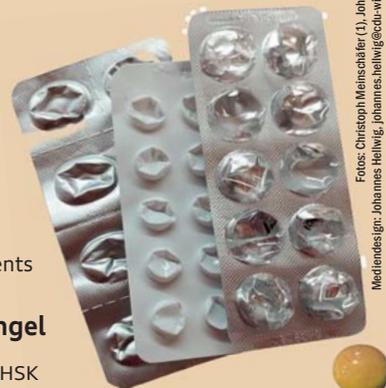
Wir freuen uns auf Sie:



Dr. Peter Liese
Mitglied des
Europäischen Parlaments



Annemarie Schüngel
Vorsitzende der
CDU Frauen Union im HSK



Fotos: Christoph Meinschäfer (1), Joh. Helling (1)
Mediendesign: Johannes Helling, johannes.helling@cdw-winterberg.de